



HESSISCHER LANDTAG

21. 04. 2026

Plenum

Antrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

**Frankfurter Flughafen zukunftsfest gestalten:
Wachstum und Nachhaltigkeit durch Terminal 3 stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt das von Fraport neu in Betrieb genommene Terminal 3 am Flughafen Frankfurt, welches einen wichtigen Bestandteil der aktuellen und zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit des Frankfurter Flughafens bildet und seine Funktion als internationales Luftverkehrsdrehkreuz weiter ausbaut. Mit einem Investitionsvolumen von 4 Mrd. Euro ist das Terminal 3 das größte privat finanzierte Infrastrukturprojekt in Europa. Das Terminal 3 sichert Arbeitsplätze vor Ort, indem mit der Inbetriebnahme dreier neuer Flugsteige die zusätzlichen Kapazitäten zunächst auf 19 Mio. Passagiere jährlich erweitert werden und in Zukunft auf bis zu 25 Mio. Passagiere ausgeweitet werden können. Mit den Entscheidungen zur Erweiterung der Terminalinfrastruktur und zum Bau der neuen Sky Line-Bahn hat die Landesregierung rechtzeitig wichtige Voraussetzungen zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen internationalen Hubs geschaffen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Frankfurt am Main ist von zentraler Bedeutung für ganz Hessen.
2. Der Landtag unterstreicht die herausragende wirtschaftliche und infrastrukturpolitische Bedeutung des Flughafens Frankfurt. Über ihn ist Hessen direkt mit nahezu allen großen Städten der Welt verbunden und ein zentrales Tor für den Austausch von Gütern und der Mobilität von Passagieren. Im Jahr 2025 erzielte er ein Aufkommen von rund 63,2 Mio. Passagieren und damit einen Anstieg von 2,6 Prozent zum Vorjahr, auch das Frachtaufkommen stieg im Jahr 2025 um 1,1 Prozent. Der Flughafen Frankfurt ist damit der größte Flughafen der Bundesrepublik Deutschland und das größte Luftfrachtdrehkreuz in Europa.
3. Der Landtag stellt fest, dass der Flughafen Frankfurt mit rund 81.000 Beschäftigten aus 114 Nationen die größte lokale Arbeitsstätte Deutschlands darstellt und gemeinsam mit Zulieferern und Dienstleistern etwa 175.000 Arbeitsplätze in der Region sichert. Die Integration internationaler Arbeitskräfte leistet einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Insbesondere die Luftverkehrswirtschaft bietet aufgrund ihrer internationalen Ausrichtung die Möglichkeit, verschiedenste Qualifikationen sowie sprachliche und kulturelle Kompetenzen gezielt zu nutzen. Er spricht sich dafür aus, dass sich die Landesregierung im Rahmen der Beteiligung des Landes Hessen an der Fraport AG weiterhin für den Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze sowie Verbesserung der Arbeitsbedingungen am Flughafen Frankfurt einsetzt.
4. Der Landtag dankt der Landesregierung für ihre zahlreichen gemeinsamen Initiativen mit der Bundesregierung, um die Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrsstandorts zu sichern. Er bittet die Landesregierung, sich weiterhin intensiv dafür einzusetzen, die Rahmenbedingungen für einen leistungsfähigen und wettbewerbsfähigen Luftverkehr in Deutschland und am Standort Frankfurt nachhaltig zu stärken. In diesem Zuge begrüßt der Landtag die nun im Bundeskabinett beschlossene Senkung der Luftverkehrssteuer, mit der die Erhöhung vom Jahr 2024 wieder zurückgenommen wird. Sie ist ein erster wichtiger Schritt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Luftverkehrs und des Drehkreuzes Frankfurt. Der Landtag unterstützt darüber hinaus die von der Bundesregierung vorgesehene Senkung der Flugsicherungskosten um deutlich mehr als zehn Prozent bis 2029. Damit wird der seit Jahren steigenden, wettbewerbsverzerrenden Kostenbelastung durch Steuern und Gebühren wirksam entgegengewirkt. Das Exportland Hessen braucht starke Flughäfen und starke Airlines, um international angebunden zu bleiben. Hessens Wohlstand ist untrennbar mit einem leistungsfähigen Luftverkehr verbunden.

5. Der Landtag betont, dass die Lufthansa Group den Standort Frankfurt nachhaltig durch massive Investitionen stärkt: Im Zentrum steht dabei die über 600 Millionen Euro teure Modernisierung des Frachtzentrums für Lufthansa Cargo. Parallel dazu wird der Betrieb im Terminal 1 optimiert, um die Leistungsfähigkeit des Drehkreuzes langfristig zu sichern und die führende Rolle des Flughafens im interkontinentalen Verkehr weiter auszubauen.
6. Der Landtag hebt hervor, dass die Fluggesellschaft Condor ihre Unternehmenszentrale zurück an den Frankfurter Flughafen verlegt hat. Dies stellt ein starkes Signal für den Luftverkehrsstandort Hessen dar. Zudem profitieren Unternehmen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rhein-Main-Gebiet vom angekündigten Ausbau Frankfurts als zentrales Drehkreuz durch eine erneuerte Flotte, eigenem europäischem Zubringernetz und zusätzlichen innerdeutschen Verbindungen. Mit der Ausmusterung älterer Flugzeugmuster hat Condor auch einen wichtigen Beitrag zum Fluglärmschutz in der Region geleistet.
7. Der Landtag stellt fest, dass die Fraport AG als Betreiberin des Frankfurter Flughafens einen umfassenden Nachhaltigkeitsansatz verfolgt, der Energie- und Ressourceneffizienz, emissionsarmen Flugbetrieb, umweltfreundliche Mobilität und Naturschutz miteinander verbindet. Dazu zählen der Ausbau von Photovoltaik und Sustainable Aviation Fuels (SAF) und die nachhaltige Gestaltung der Betriebsabläufe. Er bittet die Landesregierung sich weiterhin dafür einzusetzen, dass in Zukunft die Einnahmen aus CO₂-Bepreisungen des Luftverkehrs vollständig zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen im Luftverkehr verwendet werden. Der Landtag betont, dass der Schutz der Bevölkerung vor Lärm, Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg Hand in Hand gehen müssen. Er weist darauf hin, dass mit dem Flughafen einhergehender Lärm und andere Emissionen für die betroffene Bevölkerung möglichst begrenzt werden sollten.
8. Der Landtag weist darauf hin, dass nationale Mehrbelastungen im Luftverkehr unmittelbar dazu führen können, dass Airlines und Passagiere auf ausländische Flughäfen ausweichen. Eine solche Verlagerung nutzt dem Klima nicht, fügt dem Wirtschaftsstandort Deutschland und Hessen aber erheblichen Schaden zu. Werden staatlich verursachte Kosten und Regulierungen nur national eingeführt, verlagern sich Wertschöpfung, Arbeitsplätze sowie Klimaschutzpotenziale – etwa durch kurze Zubringerwege oder Investitionen deutscher Unternehmen in moderne, leisere und emissionsärmere Flotten – ins Ausland. Entlastungen im Luftverkehrssektor sind daher notwendig, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern und internationale Verkehrsströme in Deutschland und besonders am Standort Hessen zu halten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. April 2026

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert